

- 1980 Durchschnittslöhne im ersten Flächenland im Osten höher sind als in einem
 1981 Westflächenland. Wir fordern eine rechtliche Korrektur der Rentenüberleitung. Eine
 1982 Rente nach Mindestentgeltpunkten muss die Renten für Beschäftigte erhöhen, die
 1983 weniger als 80 Prozent des Durchschnittsentgelts bekommen haben.
- 1984 • Verlässliche Investitionspläne müssen die wirtschaftliche Transformation absichern,
 1985 speziell auch in den Autoregionen und neue Arbeitsplätze im Bau und der Wartung von
 1986 Schienenfahrzeugen schaffen. Die Beschäftigten sichern wir mit
 1987 Beschäftigungsgesellschaften- und Einkommensgarantien ab. Wirtschafts- und Sozialräte
 1988 können an die Tradition der Runden Tische in Ostdeutschland anschließen.
 1989 Genossenschaftliche Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften und
 1990 kommunale Eigenbetriebe wollen wir stärken und fördern - u.a. durch unseren
 1991 Investitionsfonds für die Industrie (siehe Kapitel 8).
- 1992 • Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wir
 1993 wollen soziale Zentren in allen Gemeinden schaffen, die Unterstützung und
 1994 Basisleistungen wie Bank, Post und Internetzugang ermöglichen. Gesundheitsversorgung
 1995 durch niedergelassene Ärzte, Ambulanzen und Krankenhäuser muss flächendeckend
 1996 gesichert und der Kahlschlag gestoppt werden! (siehe Kapitel 11) Bus- und
 1997 Bahnanschluss in jedes Dorf mindestens im Stundentakt und Rufangeboten in der Nacht
 1998 (siehe Kapitel 9).
- 1999 • Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre
 2000 Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können.

2001 **XIII. Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen**

- 2002 Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie
 2003 erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im
 2004 Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und
 2005 streben die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Unser Ziel ist die gerechte
 2006 Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von
 2007 sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das
 2008 bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit.
- 2009 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll
 2010 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und
 2011 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und
 2012 Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“
 2013 verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen)
 2014 profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen
 2015 Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in
 2016 Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen
 2017 Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer
 2018 Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.
- 2019 • Wir wollen die Steuerpolitik geschlechtergerechter machen und setzen uns für eine
 2020 Reform des Ehegattensplittings in Richtung einer Individualbesteuerung mit
 2021 übertragbarem Grundfreibetrag ein. So wirken wir alten Geschlechterrollen in der
 2022 Steuerpolitik entgegen.
- 2023 • Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns dafür ein,

2024 dass es im Wahlrecht die Regelung gibt, dass 50 Prozent der Listenplätze und Mandate
 2025 bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen.

2026 • Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale Voraussetzungen
 2027 für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb muss die
 2028 Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen und
 2029 Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss ersatzlos gestrichen werden. Die
 2030 Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden und
 2031 Beratungsangebote freiwillig statt verpflichtend sein. Der Schwangerschaftsabbruch
 2032 muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazu
 2033 gehört.

2034 • Sämtliche Verhütungsmethoden sollen von den Krankenkassen bezahlt werden.

2035 • Selbstbestimmung bei der Geburt: In einigen Regionen ist die Wahlfreiheit bei der
 2036 Geburt nicht mehr möglich, da die klinische Geburtshilfe zentralisiert wurde oder die
 2037 freiberufliche Geburtshilfe weggefallen ist. Natürliche Geburten sind weniger
 2038 profitabel, die Kaiserschnittquote ist deshalb drastisch erhöht. Ohne eine wohnortnahe
 2039 Versorgung werden Kinder ggf. unterwegs geboren. Wegen Personalmangel und Überlastung
 2040 müssen oft mehrere Geburten gleichzeitig betreut werden müssen. Wir fordern eine
 2041 flächendeckende, gute Versorgung in der Geburtsmedizin und Geburtshilfe.

2042 • Eine Grundausrüstung an Menstruationsprodukten sollen in allen öffentlichen
 2043 Einrichtungen kostenfrei abgegeben werden.

2044 • Selbstständige Frauen, die schwanger und bald Mutter werden, brauchen eine faire und
 2045 finanzielle Absicherung, damit dies nicht zu einem Risiko für Frau und Kind wird. Wir
 2046 wollen dafür die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen stärker in die
 2047 Pflicht nehmen. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für die Frauen beim Mutterschutz.
 2048 Einige Bestimmungen beim Beschäftigungsverbot sind nicht mehr zeitgemäß und
 2049 widersprechen den Wünschen der schwangeren Frauen.

2050 • Eine künstliche Befruchtung ("Kinderwunschbehandlung") muss auch bei unverheirateten
 2051 heterosexuellen Paaren sowie lesbischen und queeren Paaren von den gesetzlichen
 2052 Krankenkassen (teil-)finanziert werden.

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
 2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür
 2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung
 2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen
 2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle
 2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und
 2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge
 2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

2061 • Das „Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“ muss
 2062 auch in der betrieblichen Praxis angekommen. Wir wollen deshalb u.a. das
 2063 Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt und sexuelle Belästigung“ ergänzen.

2064 • Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit
 2065 untersuchen. Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig
 2066 angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.

2067 Queere Kämpfe haben viel erreicht. Doch weiterhin und sogar wieder zunehmend gibt es
 2068 Anfeindungen, Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen. Rechtsextreme

2069 Angriffe auf queere Demonstrationen und Räume häufen sich. Die Linke kämpft für Vielfalt
2070 und Freiheit. Wir streiten dafür, dass Freiheit und Emanzipation nicht an den Geldbeutel
2071 gebunden ist, Ohne eine gute soziale Sicherung für Jede*n, ohne ausfinanzierte queere
2072 Projekte und Antidiskriminierungsarbeit werden queere Menschen nicht wirklich
2073 selbstbestimmt leben können.

2074 • Queere Orte, Jugendzentren, Projekte, Bars und Clubs müssen geschützt werden - auch
2075 vor Wuchermieten und Kürzungen staatlicher Zuschüsse. Die queere Jugendarbeit muss
2076 kommunale Pflichtaufgabe werden. Queere Selbstorganisation muss gestärkt werden -
2077 auch im ländlichen Raum.

2078 • Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung und der
2079 geschlechtlichen Identität erweitert werden.

2080 • Studien belegen, dass queere Menschen durchschnittlich schlechter bezahlt werden.
2081 Hiergegen bedarf es wirksamer Maßnahmen wie der betrieblichen Selbstorganisation
2082 queerer Menschen, des Abschlusses von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen und der
2083 Arbeit von Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

2084 • Das Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und muss
2085 verbessert werden. Absurde Regelungen etwa mit Blick auf den Kriegsfall oder
2086 rassistische Ausschlüsse etwa von Geflüchteten müssen gestrichen werden.

2087 • Queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung muss überall bekämpft werden. Dafür
2088 braucht es einen ausfinanzierten Aktionsplan „Queer leben“. Darüber hinaus wollen wir
2089 ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz und eine Novelle des Allgemeinen
2090 Gleichbehandlungsgesetzes.

2091 • Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt und
2092 diese - gerade für trans* - auch von den Krankenkassen übernommen wird. Medizinische
2093 Versorgungseinrichtungen müssen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sein,
2094 Zugangsmöglichkeiten z. B. zur PreP (Prä-Expositions-Prophylaxe) ausgebaut werden.

2095 • Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert
2096 werden, denn es diskriminiert queere Familien.

2097 **XIV. Ein Land, in dem alle mitbestimmen können**

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch
2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und
2100 rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,
2101 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur
2102 Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien
2103 der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern
2104 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen
2105 uns gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.
2106 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale
2107 Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck
2108 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,
2109 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie
Rede!

2110 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz